

P XVIII/19

Bonn, den 28. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 15	Europäische Weichenstellung ----- Schicksalsstunden in Brüssel	92
2 - 4	Dreissig Jahre danach ----- Besinnliches zum 30. Januar Von Fritz Sängor, MdB	83
4	Dufhues' Märchen ----- Die sonderbare Logik des Bundesgeschäftsführers der CDU	26
5 - 6	Algerien ohne Gewerkschaften ----- Ben Bella duldet keinen Widerspruch Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	68
7	Eugen Hertel 70 Jahre ----- SPD-Pfalz ehrt den großen Sohn seiner Heimat	50

Chefredakteur Günter Markscheffel

i. V. Albert Exler

Europäische Weichenstellung

Schicksalsstunden in Brüssel

sp - Nur gering ist der Hoffnungsschimmer, es werde sich in Brüssel bei den Verhandlungen über den Beitritt Grossbritanniens zur EWG gewissermassen in letzter Stunde noch alles zum Guten wenden. Das Nein des französischen Staatspräsidenten scheint unüberwindbar zu sein, obwohl de Gaulle sich damit in klarem Gegensatz zum politischen Willen der übrigen EWG-Staaten stellt, aber auch zu den Römischen Verträgen, die ihrem Geist und ihren Buchstaben nach die Tür nach aussen offen halten für jedes europäische Land, das sich zur Grundlage des Vertrages bekennt. Diese im Vertragswerk enthaltene Verpflichtung schliesst nicht aus, dass in jedem einzelnen Fall Überlegungen angestellt werden, welches Ziel der Antragsteller haben kann. Im Falle Grossbritanniens ist schon ein weites Feld gemeinsamer Überzeugungen erarbeitet worden, und an der Ernsthaftigkeit des Willens der britischen Regierung, einmal eingegangene Verpflichtungen loyal zu erfüllen, kann überhaupt kein Zweifel mehr bestehen. Es ging dabei um die Anpassungen und um die Regeln für die Übergangszeit, Regeln, wie sie in langen, harten und zählen Verhandlungen auch mit Griechenland und in Assoziierungsabkommen mit afrikanischen Staaten getroffen wurden.

In Brüssel haben sich während der letzten Monate Lösungen auf der Grundlage gegenseitiger Konzessionen abgezeichnet, sogar auf dem so schwierigen Gebiet der Landwirtschaft. Dann kam der Trompetenstoss aus Paris. Er stellt die Arbeit vieler Jahre in Frage und wirft das europäische Einigungswerk weit zurück. De Gaulles Nein ist die Antwort auf das britisch-amerikanische, in Nassau auf den Bahama-Inseln getroffene Abkommen, in dem sich Grossbritannien zum Grundsatz einer multi-nationalen Atomstreitmacht unter amerikanischer Führung bekannte. Nicht wirtschaftliche Gründe, etwa die Rücksichtnahme auf die eigene Landwirtschaft oder bestimmte industrielle Bereiche waren es, die de Gaulles Haltung bestimmten, sondern ausschliesslich politische. Er will Grossbritannien draussen haben, ihm passt Englands Beitritt nicht in seinen grossen Plan, Frankreich im nichtkommunistischen Europa die Hegemonie auf allen Gebieten zu sichern. Welche Gefahren ergeben sich daraus für die EWG? Das holländische Mitglied der EWG-Kommission, das zu den Vätern der Römischen Verträge gehört, der Landwirtschaftsminister Mansholt, umriss sie in diesen Tagen mit folgenden Worten:

"Die Abweisung Englands als Mitglied der EWG bedroht den Fortbestand der Gemeinschaft. Sollte dieser interne Konflikt nicht zur Zufriedenheit aller gelöst werden, dann haben wir Zweifel an der Redlichkeit der Zusammenarbeit in den einzelnen Organen der Gemeinschaft gesetzt. Zwar wird sie dem Namen nach weiter fortbestehen, ihr Elan und ihre Vitalität sind dann gebrochen. Sie ist dort von innen heraus verdorben, wo wir sie von aussen hier gegen Verwässerung hätten absichern müssen. Sie werden begreifen, wie sehr ich einen Ausweg erhalte, der die Gemeinschaft davor bewahrt, zu einer Organisation zusammenschrumpfen, die nicht mehr als eine europäische Passade sein kann und bei der von einer echten Integration wirklich nicht mehr die Rede sein kann.

Welche Irrwege man auf diese Weise beschreiten kann, geht wohl aus der 'Bundesgenossenschaft' hervor, die Herr Adenauer soeben geschlossen hat. Kein vernünftiger Mensch in Europa wird sich nicht über das gute deutsch-französische Verhältnis freuen, war es doch eines der Ziele der europäischen Integration, diese beiden Völker an einen Tisch

zu bringen und die Vergangenheit zu begraben. Die nunmehr gebildete deutsch-französische 'Bundesgenossenschaft' wäre in einem integrierten Europa zu begrüssen, das auf dem Wege ist, England und andere Länder aufzunehmen. Ist dieser Weg jedoch abgeschnitten, dann stellt der Vertrag jedoch keine Ergänzung, sondern eine Ablösung der europäischen Integration durch eine Koalition von zwei Ländern dar. Eine solche Politik blickt zurück in die Vergangenheit, nicht in die Zukunft."

Was wird dann aus dem Grundgedanken der europäischen Integration, ein zersplittertes Europa zu vereinen, das sich in Militärbündnissen gegenübersteht und seinen Platz als vollwertiger Partner im Atlantischen Bündnis einnimmt? Mansholt stellt fest:

"Eine aus den Verhandlungen nicht zu begründende Ablehnung neuer Mitglieder ist jedoch zugleich eine Ablehnung der europäischen Gemeinschaft sowie der atlantischen Partnerschaft. Auf diese Weise kann ein Teil Europas in die Lage einer dritten Macht zwischen Ost und West geraten, wobei die sehr geringen machtpolitischen Mittel es schliesslich zu einem Instrument der Ost-West-Politik machen. In der gegenwärtigen politischen Krise steht mehr auf dem Spiel als eine etwaige Mitgliedschaft Englands, aber es geht auch um mehr als nur um die Gemeinschaft. Wiederum stehen wir vor der Wahl, unseren Platz in der westlichen Welt einzunehmen und die Rolle zu bestimmen, die wir mit unserem atlantischen Partner in der gesamten Welt erfüllen sollen".

Noch steht nicht fest, ob es der deutschen Delegation gelingen wird, ihrem Antrag, eine Bestandsaufnahme der bisherigen Verhandlungen vorzunehmen, um den Bruch zu vermeiden, Erfolg zu verleihen. Selbst eine Annahme dieser Zauberformel kann - und dafür spricht die grössere Wahrscheinlichkeit - die Weigerung Frankreichs beinhalten, nicht weiter verhandeln zu wollen. Seinerzeit hat sich auch der Wille de Gaulles unter Assistenz von Adenauer durchgesetzt, die damals geplanten Verhandlungen über die Bildung einer grossen Freihandelszone nicht durchzuführen. Man wollte zwar wieder zusammenkommen, kam aber nie zusammen.

Der Bundeskanzler lässt sich gern das Prädikat eines grossen Europäers zulegen, doch in seinem Europabild nimmt England, wenn überhaupt, nur einen bescheidenen Platz ein, überschattet von Frankreich und der Bundesrepublik. Auch ist er kein Freund einer Gemeinschaft, zu der möglichst viele demokratisch regierte Staaten Europas gehören. Am liebsten möchte er sich auf die sechs EWG-Staaten beschränken - freilich steht er hier im Widerspruch zur grossen Mehrheit unseres Volkes, die den Beitritt Grossbritanniens bejaht, weil er im Lebensinteresse unseres Volkes liegt. Noch vor kurzer Zeit erweckte er den Eindruck, es ständen sich deutsche und britische Interessen gegenüber, die EWG könnte - vermehrt durch neue Mitglieder - zu dick werden und platzen - doch eine EWG, auf die Sechs beschränkt, sich ertönen verschliessend, verliert an Elan und Vitalität, sie muss verkümmern. In diesen Stunden und Tagen erfolgt in Brüssel eine europäische Weichenstellung - im guten wie im schlimmen Sinne.

Dreissig Jahre danach

Besinnliches zum 30. Januar

Von Fritz Sänger, MdB

Das Kaiserreich war 1918 zerbrochen, aber Deutschland lebte. Die einstigen Untertanen waren Staatsbürger geworden. Der Staat selbst aber nahm nur gemessen Notiz von ihnen, die doch durch ihren Sinn für Ordnung, Recht und Freiheit 1918 das Chaos vermieden hatten, danach die Diktatur verhinderten, erst die von Links, dann die von rechts und mehr gläubig als wissend bereit waren, auch unter Opfern in eigener Verantwortung zu loben und die Position des geschlagenen Landes in der Welt neu aufzubauen.

Die Regierungen taten, was sie konnten, wahrscheinlich ihr Bestes. Aber eines taten sie wenig: sich um das Verhältnis der Bürger zum Staat zu kümmern, sie für den Staat zu gewinnen. Eine Reichszentrale für Heimardienst genügte nicht. Und für die politische Bewertung leidenschaftlicher Reden war die eben noch autoritär geführte Nation nicht hohlhorig, in ihrer politischen Wachheit nicht differenziert genug. Der Fleiß und die Hingabe der Politiker in Parlamenten und Regierungen der Länder und des Reiches fanden daher nicht das Echo, das sie verdienten, und Polemik ersetzte die notwendige Aussprache zwischen Volk und Verantwortlichen. Die Publizität der Regierung war bescheiden, die Repräsentation betont gering. Der einzelne Bürger blieb für sich, es sei denn, er fand in einer Partei Gleichgesinnte und wurde des Glaubens, dort einen Ersatz für sein Idol der Nation gefunden zu haben. Das Schicksal des Einzelnen bestimmte darum seine politische Einsicht und danach auch seine Haltung. Das Schicksal von Millionen aber wurde die Arbeitslosigkeit.

Sie war nicht eine ausschließlich deutsche Erscheinung und nicht entscheidend Folge von Mißwirtschaft oder Einsichtslosigkeit der Regierungen, sondern Begleiterscheinung der Entwicklung, die die Weltwirtschaft genommen hatte. Nach dem ungeheuren Aufwand zur Befriedigung der Bedürfnisse der Kriegsfuhrenden und dem erfolgten revolutionären Umbau der Produktionsstätten in allen Ländern, glaubte man, als die Waffen schwiegen, ohne Plan und ausschließlich in Wahrnehmung

eigener Interessen in eine geordnete Friedenswirtschaft gelangen zu können. Das ging nicht - und nach dem zweiten Weltkrieg hatten wenigstens die Amerikaner begriffen, daß der Plan, der ordnende Sinn, am Anfang der vernünftigen Disposition und der Entwicklung zum Wohlstand aller gehört.

Die Krise der Weltwirtschaft führte über die Arbeitslosigkeit und die staatspolitische Heimatlosigkeit der Massen diese in der Radikalismus rechts und links und zum 30. Januar 1933. Als ein halbes Jahr vor dem 30. Januar ein neuer Reichstag gewählt wurde, stimmten zwanzig Millionen Wähler für Hitler und Thälmann; 53,3 Prozent aller Stimmen gehörten der NSDAP und der KPD. Die Allianz der Radikalen führte zum Verhängnis für das Land und Volk und auch für viele, sehr viele von denen, die unmittelbar und bewußt diesen Weg gesucht und betreten hatten.

Die Aktionen von links sind bekannt, die von rechts stellten sich in Skandalen, Aufmärschen und "national" geheissenen Unternehmungen dar. Die Sanierung der großen Landwirtschaft, die Umschulung des ostelbischen Großbesitzes, erschien vielen gut gesinnten Bürgern als Notwendigkeit. Das Siedlungsprogramm der Regierung Brüning aber, das in Ostdeutschland aus agrarpolitischen und aus staatspolitischen Gründen dringen nötig war, ließ diesen Politiker vom rechten Zentrum zum "Parteigänger der Roten" werden, wie man ihn nannte. Der Großgrundbesitz in Ost- und Westpreussen, in Pommern, Schlesien und Brandenburg, in Mecklenburg und Sachsen kämpfte um seine Interessen mit allen Mitteln. Wieviele Millionen damals aus der Osthilfe für die Zwecke der Landwirtschaft verwendet wurden, wieviele für private Zwecke und wieviele zum Unterhalt pseudomilitärischer Organisationen - man wird es niemals erfahren. Die Folgen aber sind allen Deutschen und ungezählten Menschen in allen Ländern offerbar geworden. So fängt es an, wie es damals mit den Bemühungen der Restauration angefangen hat, vergangene Verhältnisse wieder aufzurichten, unter denen man selbst Vorrechte genoss, ohne daß die Nation und das Volk zählten. Fast vier Millionen Mann zählten die Freikorps, Sturmtruppen und ähnliche Verbände. In dem die Regierungen der letzten Weimarer Jahre diesem zunächst wirtschaftlichen, dann politischen Skandal Beihilfe leisteten oder Nahrung gaben, wurden sie im Volke unglaublich, das sich vor den Repräsentanten des Staates abwandte und diese mit dem Staat selbst verwechselte.

Auch deshalb gingen die Massen in den Radikalismus.

Preussen wurde am 20. Juli 1932 durch Papens Staatsstreich vernichtet. Was nach dem Kriege geschah, war nur noch der Vollzug. Als die Ordnungsmacht zerstört war, das Recht mit Füßen getreten wurde um der nackten Macht willen - die Not erfordere es, so wurde damals von Papen argumentiert! - lag die Alternative dort, wo der Wille zur Macht am stärksten war, Papen schlug dem Reichspräsidenten vor, ohne Parlament zu regieren, nur gestützt auf die Wehrmacht. Schleicher aber, ein Wehrmachtsgeneral, sah tiefer und wußte um die Gefahr für die Soldaten, die Knechte der Politik werden, so sehr er persönlich es geworden war. Eine Wehrmacht hat dem Staate zu dienen, nicht ihm zu befehlen - ein gutes Wort, das nach dem zweiten Kriege aus dem Munde eines der Generale zu hören war, die damals als jüngere Offiziere im Hintergrund standen. Es war eine Frucht der Besinnung nach bitteren und bösen Erfahrungen.

+ + +

Dufhues' Märchen

Die sonderbare Logik des Bundesgeschäftsführers der CDU

Ob - Ein Mann war mit kostbarem Porzellan unterwegs. Sein neidischer kleiner Bruder stellte ihm tückisch ein Bein. Hin war das kostbare Porzellan. Nun frohlockten alle neidischen kleinen Brüder: Seht doch selbst, daß er gar kein Porzellan tragen kann!

In alten Märchen und Sagen ist dies die Logik des Bösen und wird stets schrecklich geahndet. Was diese Logik in der praktischen Politik unserer Tage ausrichten kann, wird Herr Dufhues, Bundesgeschäftsführer der CDU, vielleicht in Kürze erfahren.

Oben dieser Logik nämlich bediente er sich: Weil Willy Brandt in Berlin mit einem politisch kleinkarierten Partner auskommen muß und auskommen möchte, schließt Herr Dufhues, er taugt nicht zum Bundeskanzler. Weil Willy Brandt, von unschlüssigen, zaudernden CDU- und Regierungsvertretern in Bonn hingehalten, im neuralgischen Punkte Berlin keinen Alleingang unternehm, soll er nach dem Willen des Herrn Dufhues das schwankende Rohr sein.

Wie hätte Herr Dufhues wohl gezetert, wäre Willy Brandt "allen Widerständen zum Trotz" zu Chruschtschow gefahren? Umso merkwürdiger klingt es, wenn der oberste Parteibeamte der CDU von Willy Brandt verlangt, er müsse "allen Widerständen zum Trotz" durchführen, was er für notwendig halte, Herr Dufhues hat sich selbst geohrfeigt. So ungeschickt hat noch selten einer Propaganda gemacht. Denn soviel sollte man ihm zugute halten: Im Gegensatz zu Willy Brandt wollte er Propaganda machen, nicht Politik. Er wollte wohl retten, was noch zu retten war: Den Spieß umdrehen, aus dem Fiasko der CDU mit einem Kniff den Fall des Kanzlerkandidaten Brandt zaubern. Zauberlehrling Dufhues. Mit Fingern werden alle auf ihn weisen, die einmal Grimms Märchen gelesen haben.

+ + +

Algerien ohne Gewerkschaften

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Ursprung der Algerischen Freiheitsfront (FLN) im Jahre 1954 war in der Idee der Einheitsfront zu suchen. Ihr konnte nur beitreten, wer als Person sich zur revolutionären Organisation gesellte und seinen bisherigen Bindungen zu den fragmentarischen politischen Gruppen entsagte. Für Amar Usgan, dem einstigen starken Mann der algerischen Kommunisten, bedeutete das den Bruch mit der KPA, ein Bruch, der ihm nicht allzu schwer fiel: Unter den algerischen Arabern und Kabylen war die kommunistische Organisation eigentlich doch als eine französische Organisation bewertet worden.

Aber seine politische Erziehung hatte Usgan doch bei den Kommunisten genossen. Nicht er stand in den Jahren des Aufstandes im Vordergrund der Partisanenkämpfe oder gar der damals straff organisierten politischen Leitung der provisorischen Nationalregierung in Tunis, aber nach dem Abkommen von Evian, nach der Volksabstimmung tauchte er im Vordergrund des politischen Geschehens auf; zuerst als Ratgeber Ben Bellas und dann auch noch als Landwirtschaftsminister.

Zusammen mit den "ägyptischen" Neigungen Ben Bellas erklärt dieser persönlich-ideologische Hintergrund die Tendenz der gegenwärtigen Machthaber Algeriens zur monopolistischen Staatspartei, in der sich die politische Gewalt mit der Lenkung der Volksmassen verbindet. In der französischen Zeit an politische Rechtlosigkeit gewöhnt, haben die für die nationale Revolution begeisterten Volksmassen diesen Tendenzen keinen Widerstand entgegengesetzt. Als es Streit gab, gingen sie auf die Strasse mit dem Ruf "barakat", es ist genug. Sie hatten genug von Terror und Genterror, sie hatten genug von Streit zwischen Personen, deren politische Gegensätzlichkeit ihnen nicht begreiflich sein konnte. Die Opponenten Ben Bellas liessen sich entweder von ihm für das Parlament engagieren oder zogen sich weise zurück, wie der frühere Ministerpräsident im Exil, Ben Chedda.

Aber es gab dennoch eine Art Opposition, besser gesagt, eine politische Eigenwilligkeit - die algerischen Gewerkschaften. Nach europäischen Maßstäben handelt es sich gar nicht um Gewerkschaften, sondern um eine Art allgemeiner Arbeiterverein, denn die Zeit des Aufstandes liess

normale gewerkschaftliche Organisationsarbeit nicht zu. Und eben deshalb entschloss sich die Regierung Ben Bella zur Auflösung der Delegiertenversammlung der UGTA, die im ehemaligen Foyer Civique im Stadtteil Belcourt von Algier tagte. Ursache war, dass die UGT von Anbeginn eine eigenständige und unabhängige Haltung zu vielen Entscheidungen der gegenwärtigen Regierung einnahm.

Algerien nimmt damit eine eigene und nicht unbedingt vorteilhafte Stellung ein. Im benachbarten Königreich Marokko wurde mit der neuen Verfassung das Mehrparteiensystem ausdrücklich bestätigt, dort sind die Gewerkschaften selbständig und selbstbewusst. Auch in Tunesien dürfte das Echo auf diese Maßnahme negativ sein. Im tunesischen Unabhängigkeitskampf waren die Gewerkschaften stets im Vordergrund, sozusagen die Massenbasis der neuen Verfassungspartei Bourghibas. Ihr Vorsitzender Achmed Tlili, stellvertretender Vorsitzender des IBFG und Vizepräsident des tunesischen Parlaments, wird diese Unterordnung der Arbeiterschaft unter eine zwar nichtkommunistische, aber sichtlich totalitär ausgerichtete Regierung in Algerien nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Fast gleichzeitig hat die Regierung Bourghibas die diplomatischen Beziehungen zu Algier abgebrochen, eine ungewöhnliche Maßnahme, die mit der Unterstützung der jusefistischen Attentäter auf Bourghiba begründet wird.

Politisch widerspruchsvoll scheint hier auf den ersten Blick die Haltung Ben Bellas. Das Attentat gegen Bourghiba kam aus den Kreisen der "grosser Zelte" des Südens, aus dem kleinbürgerlichen Widerstand gegen die sozialistischen Tendenzen der tunesischen Wirtschaftsplanung. In Algerien redet man sehr viel mehr vom "Sozialismus" als in Tunis, befindet sich aber praktisch in einer chaotischen Wirtschaftslage, die mit dazu beiträgt, dass die Zahl der algerischen Arbeiter in Frankreich mit der Unabhängigkeitserklärung nicht etwa abgenommen hat, sondern gestiegen ist. In Frankreich ist daher auch der stärkste Zweig der algerischen Gewerkschaftsbewegung zu finden, und Frankreich unterliegt nicht den Weisungen Ben Bellas.

Ob diese Isolierung in Nordafrika und in Frankreich der Regierung Ben Bella die stabile Basis gibt, deren sie dringend bedarf, kann daher bezweifelt werden.

Eugen Hertel 70 Jahre

G.M. Eugen Hertel vollendet am 30. Januar sein 70. Lebensjahr. Weit über den Kreis seiner engeren Parteifreunde in Kaiserslautern hinaus reicht die Reihe der Gratulanten, die in ihm den Anwalt hoher Ideale der Menschheit erblicken.

Der Lebensweg dieses Politikers aus Berufung ist ein Stück deutscher Geschichte. Durch zähen Willen, eisernen Fleiß und weise Selbstbeschränkung ist aus dem Arbeitersohn ein Handwerker und ein guter Parlamentarier von großem Format geworden. Als der junge Schreinermeister nach der Wanderzeit, die ihn bis zur Wasserkante, wo er seine Ehegefährtin fand, geführt hatte, in seine Vaterstadt Kaiserslautern zurückgekehrt war, wandte er sich bald der Politik zu. 1924 entsandte ihn das Vertrauen der sozialdemokratischen Wähler erstmals in das Stadtparlament. Die Gemeindepolitik war für ihn die Vorschule zu seiner späteren Arbeit im Landtag. Es waren vornehmlich die Fragen der Sozialpolitik, des Wohnungsbaus und der Schulpolitik, die Hertel beschäftigten und in die er sich so gründlich einarbeitete, daß er nicht nur im Stadtrat, sondern auch später im Landtag auf diesen Gebieten zum Fachmann wurde.

Hertels große Zeit als Politiker begann nach 1945, als aus den Trümmern eines zusammengebrochenen Systems neues Leben erweckt werden mußte. Mit wenigen Getreuen schuf er die örtliche Organisation der Sozialdemokratischen Partei, deren beispielhafter Aufstieg untrennbar mit seinem Namen verknüpft ist. Mit allen Kräften half er, die Not der Stadt und ihrer Bürger zu lindern, und es war selbstverständlich, daß er als Vorsitzender der SPD-Fraktion in den neugebildeten Stadtrat einzog.

Aber bald traten größere Verpflichtungen an ihn heran. Nach der Konstituierung des Landes Rheinland-Pfalz wurde Hertel mit einem Landtagsmandat betraut. Was er als Fraktionsführer der SPD im Mainzer Landesparlament geleistet hat, ist weitesten Kreisen bekannt.

Es sei nur am Rande erwähnt, daß Hertel ausser seiner parlamentarischen Tätigkeit im Stadtrat und im Landtag noch die Last des örtlichen Parteivorsitzenden und die des stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksvorstandes der SPD in der Pfalz auf sich genommen hat und daneben seit Jahrzehnten als Vorstandsmitglied der Bau-AG in Kaiserslautern wirkt.

Dieses arbeitsreiche Leben wurde überschattet durch den Tribut, den Hertel an das vergangene System entrichten mußte: Seine beiden hochbegabten, hoffnungsvollen Söhne sind im Kriege geblieben. Den furchtbaren Schlag zu überwinden war ihm nur möglich mit Unterstützung seiner Gattin, die ihm in Leid und Freud stets als treueste Helferin zur Seite stand.

An Eugen Hertel bewahrheitet sich die alte Erfahrung, daß innerlich gefestigte, charaktvolle Persönlichkeiten mit ihren Aufgaben wachsen. Das Gewicht seines Wirkens in der Öffentlichkeit wird dadurch erhöht, daß seine Uneigennützigkeit und persönliche Unanständigkeit auch von politisch Andersdenkenden als einer der wesentlichen Charakterzüge dieses Mannes anerkannt wird. Vor kurzem zog sich Eugen Hertel aus dem landespolitischen Leben zurück, um sich ganz seiner Vaterstadt Kaiserslautern zu widmen. Er wollte jüngeren Kräften den Weg zur verantwortungsbewußten Mitarbeit im öffentlichen Leben frei machen. Dem 70-jährigen ist der Dank und die Ehrfurcht unzähliger Freunde gewiß, die von ihm in Kaiserslautern und in der ganzen Pfalz nur von "unseren Eugen" sprechen.